



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 19/18 • 10.05.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Heute vor 68 Jahren sprach Robert Schuman, der damalige französische Außenminister, über seine Idee eines geeinten und starken Europas. Der Robert-Schuman-Tag, der Ehrentag der Europäischen Union, erinnert an diesen 9. Mai 1950.

Wie in jedem Jahr findet zeitgleich in allen deutschen Bundesländern im Umfeld des 5. Mai – dem Gründungstag des Europarates – und dem Robert-Schuman-Tag die Europawoche statt. Während der Europawoche werden in ganz Sachsen-Anhalt unterschiedlichste Veranstaltungen mit europäischem Bezug angeboten, an denen die Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können. Es gibt noch spannende Veranstaltungen zu entdecken. Das Programm finden Sie hier [hier](#)

PS: Unser Workshop für die Europäische Woche der Regionen und Städte „Cohesion and societal challenges Success stories for a more effective policy“ kam unter die TOP 10 der meistgewählten Vorschläge. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
VERTEILUNG

VERTEILUNG

VERTEILUNG



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Mehr Flexibilität bei der Top-Level-Domain .eu	
• Europäische Kommission – Gute Fortschritte im EU-Bankensektor	
• Europäische Kommission – Bericht zu Gewässern	
• Europäische Kommission – Neue Leitlinien für Wettbewerb im Telekommarkt	
• Europäisches Parlament – Tierversuche für Kosmetika: Abgeordnete fordern weltweites Verbot	
• Europäisches Parlament – EU muss sich stärker für den Pluralismus der Medien einsetzen	
• EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms	
• EU will Einsatz von bienenschädlichen Insektiziden im Freien verbieten	
• Europäischer Forschungsrat - Unterstützung beim Technologie-Transfers für sieben deutsche Forschungsprojekte	
• Frühjahrsprognose 2018 - Aufschwung hält trotz neuer Risiken an	
• Umgang mit illegalen Online-Inhalten: Sagen Sie Ihre Meinung!	
• Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche - Verschärfte Regeln für Videoplattformen	
• Filmfestspiele Cannes - 18 EU-geförderte Filme im Rennen	
<u>Was, wann, wo</u>	14
• Europe and international migration: research and policy agendas	
• Europäische Woche der Regionen und Städte	
<u>Ausschreibungen</u>	17
• KOM – Transeuropäische Telekommunikationsnetze	
• Initiative „DiscoverEU“ - Die ersten 15.000 Jugendlichen können diesen Sommer durch Europa reisen	
• Wettbewerb „Youth4Regions“ - Preise für Medienbeiträge über EU-Regionalförderung ausgesetzt	
<u>Kontaktbörse</u>	19
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	22
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Mehr Flexibilität bei der Top-Level-Domain .eu

Die EU-Kommission hat am 27. April eine Vereinfachung der bestehenden Regeln für die Top-Level-Domain .eu vorgeschlagen. Bürgerinnen und Bürger der EU und des Europäischen Wirtschaftsraum erhalten dadurch die Möglichkeit, unabhängig von ihrem Wohnsitz auch von außerhalb der EU die .eu Domain zu registrieren.

27/04/2018

Diese Maßnahmen verbessern das Potenzial der .eu-Top-Level-Domain als vertrauenswürdiger und innovativer Namensraum für den [Digitalen Binnenmarkt](#), da mehr Flexibilität und Anpassung der derzeitigen Vorschriften an den sich rasch wandelnden Markt für Domainnamen erreicht wird. Die flexibleren Vorschriften ändern die geltende Verordnung, nach der der Domainbesitz ausschließlich an den Wohnsitz in den EU/EWR-Ländern gebunden war.



Darüber hinaus wird in der Novellierung eine bessere Verwaltung der .eu-Top-Level-Domain vorgeschlagen, indem ein Multistakeholder-Rat eingerichtet wird, der die Kommission bei der Verwaltung des Domainnamens und der Umsetzung der neuen Vorschriften berät. Insgesamt wird das .eu-Register mit einem effizienteren und flexibleren Rechtsrahmen in der Lage sein, den Bürgern und Unternehmen der EU bessere Dienstleistungen anzubieten.

Die Überarbeitung basiert auf einer Überprüfung der .eu-Domain durch das [Regulatory Fitness and Performance Programme \(REFIT\)](#) und [einer öffentlichen Konsultation](#).

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 27.04.2018 [Link](#)

Informationen zur Top-Level-Domain .eu [Link](#)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und in einer [Infografik](#)

Europäische Kommission – Gute Fortschritte im EU-Bankensektor

Der EU-Bankensektor profitiert von einer starken Wirtschaft und günstigen Finanzierungsbedingungen. Das zeigt ein neuer Bericht der Europäischen Kommission. Die Leistungsfähigkeit der europäischen Banken hat sich verbessert, ihre Widerstandsfähigkeit ist dank der Umstrukturierung der Bilanzen gestiegen. Dennoch ist die Branche nach wie vor durch enge Zinsmargen und die Rückstellungen, die die Banken für notleidende Kredite bilden müssen, herausgefordert.

Der Bericht ist eine jährliche Bestandsaufnahme der jüngsten Entwicklungen im Finanzsektor. Sie wurde am 3. Mai auf der jährlichen Europäischen Konferenz über Finanzintegration und Stabilität vorgestellt, die gemeinsam von den Dienststellen der Kommission und der EZB in Frankfurt organisiert wurde. Der [vollständige Bericht](#) ist online verfügbar.

• *eag Quelle: PM KOM*



Europäische Kommission – Bericht zu Gewässern

Die Verschmutzung von Grundwasser und Oberflächenwasser durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen geht zurück. Für einen weiteren Rückgang sind jedoch zusätzliche Anstrengungen der Mitgliedstaaten notwendig. Dies geht aus dem am 4. Mai von der Kommission vorgestellten jährlichen Bericht zur Umsetzung der Nitratrichtlinie hervor. Dem Bericht zufolge wurde in 28 Prozent der Grundwassermessstationen in Deutschland der Durchschnittswert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten.

2016 hat die Kommission Deutschland wegen der anhaltenden Verunreinigung der deutschen Gewässer durch Nitrat vor dem Gerichtshof der EU verklagt.

Stickstoff ist für das Wachstum von Pflanzen von entscheidender Bedeutung und wird häufig als Düngemittel eingesetzt. Von den Pflanzen nicht aufgenommener Stickstoff wird in Nitrat umgewandelt und kann zu starken Wasserverunreinigungen führen – mit entsprechenden Folgen für die menschliche Gesundheit, die Wirtschaft und die Umwelt. Eine zu hohe Nitratbelastung fördert in Süßwassergewässern und in der Meeresumwelt das Wachstum von Algen, die anderes Leben ersticken (Eutrophierung). Das verschlechtert die Wasserqualität enorm. Eine Nitratkonzentration von über 50 mg/l kann zudem erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung haben, insbesondere auf schwangere Frauen und Kleinkinder. Zudem verursacht die Entfernung von Nitraten aus dem Trinkwasser hohe Kosten.

Die Nitratrichtlinie, die die EU-Staaten im Jahr 1991 beschlossen haben, hat zum Ziel, die Wasserqualität in Europa zu verbessern, indem die Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwasser durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen verhindert und der Einsatz beispielhafter landwirtschaftlicher Verfahren gefördert wird. Alle EU-Länder müssen ihre Gewässer überwachen und jene bestimmen, die durch Verschmutzung bedroht sind. Des Weiteren müssen sie Aktionsprogramme aufstellen, um Nitrat-Verunreinigungen zu verhindern und zu verringern. In Deutschland ist die Düngeverordnung der wesentliche Bestandteil des nationalen Aktionsprogramms zur Umsetzung der Richtlinie. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 4. Mai 2018 [Link](#)

Bericht und weitere Dokumente [Link](#)

Website der Kommission zur Nitrat-Richtlinie [Link](#)

Europäische Kommission – Neue Leitlinien für Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt

Die Kommission hat am 27. April überarbeitete Leitlinien zur beträchtlichen Marktmacht auf dem Telekommunikationsmarkt vorgelegt. Damit erhalten die nationalen Regulierungsbehörden Hilfen zur Analyse des Telekommunikationsmarktes an die Hand. Zudem beinhalten die Leitlinien Grundsätze für die Ermittlung potenzieller wettbewerbswidriger Praktiken auf dem Markt für elektronische Kommunikation.

Die überarbeiteten Leitlinien spiegeln die jüngsten Entwicklungen in der Rechtsprechung wider und befassen sich mit Fragen, die bisher nicht behandelt wurden, wie z.B. die Auswirkungen von Online-Dienstleistern, die begonnen haben, internetbasierte Dienste anzubieten, die verstärkte Bereitstellung von gebündelten Diensten (Internet-, Sprach- und TV-Inhalte) auf Einzelhandelsebene, der Wettbewerbsdruck bei kabelgebundenen Diensten sowie der Übergang von monopolistischen zu oligopolistischen Marktstrukturen in einigen Ländern.



Die Leitlinien werden den nationalen Regulierungsbehörden helfen, die Märkte im Bereich der elektronischen Kommunikation korrekt abzugrenzen und gegebenenfalls beträchtliche Marktmacht der Betreiber zu ermitteln. Darüber hinaus ergänzen die Leitlinien den Kodex für elektronische Kommunikation, der derzeit von den EU-Institutionen ausgehandelt wird und ein vorrangiges Dossier für die Schaffung eines digitalen Binnenmarkts ist. Bei der Überarbeitung der Leitlinien für die Marktstrategie wurden eine öffentliche Konsultation von März bis Juni 2017, eine externe Studie und eine Stellungnahme des Gremiums der europäischen Regulierungsbehörden für elektronische Kommunikation berücksichtigt.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Daily News vom 27.04.2018 [Link](#)

Die überarbeiteten Leitlinien [Link](#)

Europäisches Parlament – Tierversuche für Kosmetika: Abgeordnete fordern weltweites Verbot

Die EU sollte eine diplomatische Offensive für ein weltweites Verbot von Tierversuchen für die Körperpflege noch vor 2023 starten, forderte das Parlament am 3. Mai.



In der EU selbst dürfen seit 2013 keine Kosmetika mehr verkauft werden, die an Tieren erprobt wurden.

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass dies die Kosmetikindustrie der EU nicht daran gehindert hat, sich bestens zu entwickeln und rund zwei Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Dennoch seien in 80% der Länder weltweit Tierversuche und das Inverkehrbringen von Kosmetika, die an Tieren getestet wurden, noch immer zulässig. Das Parlament unterstreicht ebenfalls, dass es aufgrund von Gesetzeslücken möglich ist, dass kosmetische Mittel, die außerhalb der EU an Tieren getestet wurden, auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht und in der EU mit Alternativen zu Tierversuchen erneut getestet werden.

In der Entschließung heben die Abgeordneten auch hervor, dass die meisten Bestandteile kosmetischer Mittel auch in vielen anderen Erzeugnissen, etwa in Arzneimitteln, Reinigungsmitteln und sonstigen chemischen Mitteln sowie in Lebensmitteln, verwendet werden, und dass diese Bestandteile gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften möglicherweise an Tieren getestet wurden.

Der Mangel an verlässlichen Daten über Kosmetika, die an Tieren getestet und dann in die EU importiert wurden, bleibt ebenfalls ein ernstes Problem, so die Abgeordneten. Sie fordern die EU auf, dafür zu sorgen, dass keines dieser Produkte, die auf den Markt der EU gebracht werden, in einem Drittland an Tieren getestet wurde.

Um ein weltweites Verbot von Tierversuchen für Kosmetika und des Handels mit kosmetischen Inhaltsstoffen, die an Tieren getestet werden, zu erreichen, fordern die Abgeordneten die führenden EU-Politiker auf, ihre diplomatischen Netzwerke zu nutzen, um eine Allianz zu bilden und im Rahmen der Vereinten Nationen den Abschluss eines internationalen Übereinkommens gegen Tierversuche für kosmetische Mittel in die Wege zu leiten. Das Verbot sollte noch vor 2023 in Kraft treten.

Sie verlangen ebenfalls, dafür Sorge zu tragen, dass das EU-Verbot von Tierversuchen für kosmetische Mittel weder durch laufende Handelsverhandlungen noch durch Vorschriften der Welthandelsorganisation abgeschwächt wird.



Die unverbindliche Entschließung wurde mit 620 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen angenommen.

Laut der Eurobarometer-Sonderumfrage 442 vom März 2016 sind 89% der EU-Bürger der Ansicht, dass die EU mehr tun sollte, um die Bedeutung des Tierschutzes international stärker ins Bewusstsein zu rücken, und 90% der EU-Bürger sind der Ansicht, dass es wichtig sei, hohe Tierschutzstandards festzulegen, die weltweit anerkannt werden.

• eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament – EU muss sich stärker für den Pluralismus der Medien einsetzen



EU-Mitgliedstaaten sollen „sowohl hinsichtlich der Rechtslage als auch in Bezug auf die Praxis für sichere Arbeitsbedingungen für Journalisten“ sorgen, so die Abgeordneten am 3. Mai.

Die nichtlegislative Entschließung von Berichterstatterin Barbara Spinelli (GUE/NGL, IT) wurde mit 488 Stimmen bei 43 Gegenstimmen und 114 Enthaltungen angenommen.

Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, im EU-Haushalt dauerhaft angemessene Finanzmittel bereitzustellen, um den [Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus am Zentrum für Medienpluralismus und -freiheit](#) zu unterstützen und einen unabhängigen Mechanismus einzurichten, um die Lage in Bezug auf Freiheit und Pluralismus der Medien in der EU zu beurteilen.

Sie verlangen von den Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützung für öffentlich-rechtliche Anbieter und investigativen Journalismus zu stärken, dabei jedoch davon abzusehen, sich in redaktionelle Entscheidungen einzumischen. Sämtliche öffentlichen Zuwendungen für Medieneigentümer sollten regelmäßig überwacht werden. Die Abgeordneten bekräftigen ihre Forderung nach einer neutralen mehrwertsteuerlichen Behandlung aller Medien (z.B. keine Diskriminierung zwischen Papier- und Online-Nachrichten), wie in ihrer [Entschließung von 2011](#) empfohlen.

Das Parlament fordert, in Zusammenarbeit mit Journalistenverbänden eine unabhängige und unparteiische Regulierungsstelle für die Beobachtung und Dokumentation von sowie Berichterstattung über Gewalt und Bedrohungen gegen Journalisten einzurichten. Journalisten, deren Arbeitsfreiheit bedroht ist, brauchen wirksame rechtliche Verfahren, um Selbstzensur zu vermeiden, stellt der Text fest.

Die Abgeordneten sind besorgt über den Anstieg von Cyber-Mobbing, der Verbreitung intimer Inhalte aus Rache und von Kinderpornografie. Sie betonen, dass die Interessen und Rechte von Minderjährigen im Zusammenhang mit den Massenmedien vollständig geachtet werden müssen. Sie legen allen Mitgliedstaaten nahe, zukunftsorientierte Rechtsvorschriften zur Bekämpfung dieser Phänomene zu schaffen, einschließlich Bestimmungen, damit Inhalte, die eindeutig die Menschenwürde verletzen, in sozialen Medien entdeckt, gemeldet und gelöscht werden.

Der Text weist darauf hin, dass der Begriff „Fake News“ auf keinen Fall genutzt werden sollte, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Medien zu untergraben oder kritische Stimmen zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

Um objektive Informationen zu fördern und zu schützen, legen die Abgeordneten Unternehmen der sozialen Medien und Online-Plattformen nahe, Instrumente zu entwickeln, mit denen Nutzern die Möglichkeit gegeben wird, potenzielle Falschmeldungen zu melden und



zu kennzeichnen, damit sie rasch korrigiert und von unabhängigen und unparteiischen zertifizierten Faktenprüfungsorganisationen verifiziert werden können.

Schließlich fordern sie die Kommission auf, eine gegen taktische Klagen gegen öffentliche Beteiligung gerichtete Richtlinie vorzuschlagen, durch die unabhängige Medien vor schikanösen Klagen geschützt werden, mit denen sie in der EU zum Schweigen gebracht oder eingeschüchtert werden sollen.

• eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben

Im Amtsblatt C 155 vom 3. Mai 2018 [Link](#) wird auf die Herausgabe neuer nationaler Euro-Umlaufmünzen hingewiesen.

Euro-Umlaufmünzen haben im gesamten Euro-Währungsgebiet den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Zur Information der Fachkreise und der breiten Öffentlichkeit veröffentlichte die Kommission eine Beschreibung der Gestaltungsmerkmale aller neuen Euro-Münzen. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Februar 2009 ist es den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Ländern, die aufgrund eines Währungsabkommens mit der Europäischen Union Euro-Münzen ausgeben dürfen, unter bestimmten Bedingungen gestattet, für den Umlauf bestimmte Euro-Gedenkmünzen auszugeben. Dabei darf es sich ausschließlich um 2-Euro-Münzen handeln. Die Gedenkmünzen weisen die gleichen technischen Merkmale auf wie die üblichen 2-Euro-Münzen, sind jedoch auf der nationalen Seite mit einem national oder europaweit besonders symbolträchtigen Gedenkmotiv versehen. • eag Quelle Amtsblatt
Folgende neue Münzen wurden vorgestellt:

Münze	Ausgabestaat und Anlass	Ausgabedatum
	Belgien 50. Jahrestag der Ereignisse vom Mai 1968 in Belgien	Mai / Juni 2018
	Frankreich Simone Veil	Mai / Juni 2018



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms

Umweltaktionsprogramme bilden seit 1973 den Rahmen für die Tätigkeit der Europäischen Union im Umweltbereich. Auch das aktuelle Umweltaktionsprogramm für die Zeit bis 2020 „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“ legt die vorrangigen Ziele für die Umweltpolitik fest und soll dazu beitragen, dass die von der Union bereits vereinbarten Ziele in Bezug auf Umwelt und Klimawandel erreicht werden. Die Europäische Kommission ruft nunmehr die Öffentlichkeit auf, sich an einer Zwischenbewertung des Programms zu beteiligen. Die öffentliche Konsultation läuft vom 3.5. bis zum 26.7.2018. Alle Interessierten, wie Privatpersonen, Unternehmen, Organisationen oder Behörden, können daran teilnehmen. Im Einklang mit den Leitlinien der Europäischen Kommission für Bewertungen wird die Kommission das siebte Umweltaktionsprogramm im Hinblick auf seine Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz und seinen Mehrwert bewerten. Die öffentliche Konsultation geht in die Bewertung ein. Den Beschluss zum siebten Umweltaktionsprogramm finden Sie [hier](#), den Aufruf zur öffentlichen Konsultation [hier](#). • ms

EU will Einsatz von bienenschädlichen Insektiziden im Freien verbieten

Am 27. April haben die Vertreter der Mitgliedstaaten einen Vorschlag der Europäischen Kommission unterstützt, die Verwendung von drei Insektiziden (Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam, bekannt als „Neonikotinoide“) weiter einzuschränken. Die Verwendung der drei Stoffe im Freien wird verboten, und die betreffenden Neonikotinoide dürfen nur in permanenten Gewächshäusern verwendet werden, in denen kein Kontakt mit Bienen zu erwarten ist. Der Schutz der Bienen ist für die Kommission ein wichtiges Thema, da er die biologische Vielfalt, die Nahrungsmittelproduktion und die Umwelt betrifft. Auf Initiative von Präsident Juncker hat das Kollegium der EU-Kommissare bereits 2017 darüber beraten. Die heute in einem Ständigen Ausschuss beschlossenen Beschränkungen gehen über die bereits seit 2013 geltenden Maßnahmen hinaus.



Das für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständige Kommissionsmitglied Vytenis Andriukaitis begrüßte diese Abstimmung und betonte, dass die Kommission diese Maßnahmen bereits vor Monaten auf der Grundlage der wissenschaftlichen Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit vorgeschlagen habe. Die Verordnung wird nun in den kommenden Wochen von der Europäischen Kommission angenommen und bis Ende des Jahres in Kraft treten. • eag Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

Website der EU-Kommission zu Neonikotinoiden [Link](#)



Europäischer Forschungsrat - Unterstützung beim Technologie-Transfers für sieben deutsche Forschungsprojekte

50 Inhaber eines Forschungsstipendiums des Europäischen Forschungsrats, davon sieben Forscher aus Deutschland, haben am 4. Mai mit dem Erhalt eines zusätzlichen Proof-of-Concepts-Grants die Chance erhalten, das Marktpotential ihrer Forschungsidee zu überprüfen. Konkret können damit zum Beispiel Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vom Universitätsklinikum Aachen, der Universität Ulm und der Universität Kiel die Marktreife ihrer Forschungsideen zur Behandlung von Krebs- und von Herz-Erkrankungen klären.

Proof of Concept ist ein ergänzender Zuschuss zu den Forschungsstipendien des Europäischen Forschungsrats (ERC). Er richtet sich ausschließlich an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits einen ERC Grant innehaben und ein Forschungsergebnis aus ihrem laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekt vorkommerziell verwerten möchten. Dies ist der erste Schritt zum Technologie-Transfer.



Der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) wurde von der Europäischen Kommission zur Finanzierung von grundlagenorientierter Forschung eingerichtet. Er wird von 2014 - 2020 über das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ finanziert. Forscher die bereits einen ERC Grant eingeworben haben und die aus dem Projekt entstandenen Ideen in Innovationen überführen möchten, können zusätzliche Mittel über die Proof of Concept-Ausschreibungen des ERC einwerben.

European Research Council
Established by the European Commission

Ziel eines Proof-of-Concept-Projektes soll es sein, das Marktpotential einer Forschungsidee zu überprüfen. Der ERC finanziert hiermit also keine Forschungsaktivitäten, sondern Maßnahmen zur Weiterentwicklung im Hinblick auf die Anwendungsreife, Kommerzialisierung oder Vermarktung der Idee. Die Förderung kann verwendet werden für Marktforschung, Machbarkeitsstudien, die Klärung von Fragen des geistigen Eigentums, die Analyse von Geschäftschancen oder die Erstellung eines Business-Plans. Die Kernfrage ist also, ob die aus der Idee entstandene Lösung (Produkt, Verfahren, Dienstleistung) auf dem Markt eine Chance hat. Welche Informationen muss man dafür einholen? Welche Schritte führen auf den Markt? Und zuletzt: würden Sie Ihr eigenes Geld in diese Idee investieren?

Das Budget für einen Proof-of-Concept-Grant beträgt maximal 150.000 Euro für einen Zeitraum von bis zu 18 Monaten.

In Deutschland berät die [Nationale Kontaktstelle zum Europäischen Forschungsrat](#), die gemeinsam vom EU-Büro des BMBF (im DLR Projektträger) und der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) betreut wird, zu Fragen der ERC-Forschungsförderung.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

ERC-Pressemitteilung: 50 ERC grantees backed to bring research findings to market [Link](#)

Frühjahrsprognose 2018 - Aufschwung hält trotz neuer Risiken an

2017 haben die Wachstumsraten für die EU und das Euro-Währungsgebiet die Erwartungen übertroffen und mit 2,4 Prozent den höchsten Stand seit 10 Jahren erreicht. Dieser Trend dürfte



sich 2018 fortsetzen und auch 2019 nur leicht nachlassen. Erwartet werden 2,3 und 2,0 Prozent sowohl für die EU als auch für das Euro-Währungsgebiet.

Der private Konsum ist nach wie vor stark. Gleichzeitig haben Exporte und Investitionen zugenommen. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück und befindet sich derzeit in etwa auf Vorkrisenniveau. Die Wirtschaft ist aber in höherem Maße externen Risikofaktoren ausgesetzt, die sich verstärkt haben und sich auch stärker negativ auswirken.

Das kräftige Wachstum begünstigt den weiteren Abbau der gesamtstaatlichen Defizite und öffentlichen Schuldenstände und verbessert die Arbeitsmarktbedingungen. So liegt das Gesamthaushaltsdefizit im Euro-Währungsgebiet derzeit bei weniger als 1 Prozent des BIP und dürfte in diesem Jahr in allen beteiligten Mitgliedstaaten unter die 3-Prozent-Marke fallen.

Die Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen für Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 23. April. Bei allen anderen herangezogenen Daten, auch den Annahmen zu staatlichen Maßnahmen, wurden in dieser Prognose Informationen bis einschließlich 23. April berücksichtigt. Den Projektionen liegt die Annahme einer unveränderten Politik zugrunde, es sei denn, es wurden politische Maßnahmen angekündigt, die einerseits glaubwürdig und andererseits hinreichend spezifiziert sind.

Ab diesem Jahr wird die Europäische Kommission anstelle der drei umfassenden jährlichen Prognosen, die sie seit 2012 im Winter, Frühjahr und Herbst veröffentlicht hat, jedes Jahr wieder zwei umfassende Prognosen (im Frühjahr und Herbst) und zwei Zwischenprognosen (im Winter und Sommer) vorlegen. Die Zwischenprognosen enthalten jährliche und vierteljährliche BIP- und Inflationszahlen für das laufende Jahr und die Folgejahre für alle Mitgliedstaaten und das Euro-Währungsgebiet sowie die aggregierten Zahlen für die EU insgesamt. Durch die Rückkehr zum alten Prognose-Rhythmus werden die Prognosen der Kommission zeitlich wieder mit denen anderer Organisationen (wie der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)) zusammenfallen.

Im Juli wird die Europäische Kommission die nächste Prognose veröffentlichen: die Zwischenprognose Sommer 2018. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die Prognose in voller Länge: Frühjahrsprognose 2018 [Link](#)

Pressemitteilung: Zwischenprognose Winter 2018: Solider und dauerhafter Aufschwung [Link](#)

Die Prognose in voller Länge: Zwischenprognose Winter 2018 [Link](#)

Umgang mit illegalen Online-Inhalten: Sagen Sie Ihre Meinung!

Die Europäische Kommission will illegale Online-Inhalte stärker bekämpfen und hat dazu am 2. Mai eine öffentliche Konsultation gestartet. Konkret geht es darum, effektiver gegen terroristische Inhalte, Aufstachelung zu Hass und Gewalt, Material über sexuellen Missbrauch von Kindern, gefälschte Produkte oder Urheberrechtsverletzungen vorzugehen. Bürger und andere interessierte Kreise können bis 25. Juli ihre Meinung abgeben, wie gegen illegale Online-Inhalte vorgegangen werden kann.

Im März hat die Kommission eine Reihe operativer Maßnahmen empfohlen, die von den Online-Plattformen und den Mitgliedstaaten zu ergreifen sind, um illegale Online-Inhalte gezielter zu bekämpfen. Die Empfehlung stützt sich auf die laufenden Arbeiten, durch die gemeinsam mit der Industrie im Rahmen verschiedener freiwilliger Initiativen sichergestellt



werden soll, dass das Internet frei von illegalen Inhalten ist. Außerdem sollen die im Rahmen verschiedener Initiativen ergriffenen Maßnahmen verstärkt werden.

Die Verbreitung illegaler Online-Inhalte untergräbt das Vertrauen der Bürger in das Internet und stellt eine Sicherheitsbedrohung dar. Zwar wurden beim Schutz der Europäer im Internet Fortschritte erzielt, doch müssen die Plattformen ihre Anstrengungen verdoppeln, um illegale Inhalte schneller und effizienter aus dem Internet zu entfernen. Durch freiwillige Maßnahmen der Industrie, die von der Kommission über das EU-Internetforum zu terroristischen Inhalten im Internet, den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Hetze im Internet und die Gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter gefördert werden, wurden bereits Ergebnisse erzielt. Dennoch besteht noch erheblicher Spielraum für ein wirksameres Vorgehen, insbesondere in Bezug auf das dringliche Thema terroristischer Inhalte, die ernste Sicherheitsrisiken bergen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte [Link](#)

Empfehlung der Kommission für wirksame Maßnahmen im Umgang mit illegalen Online-Inhalten [Link](#)

Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche - Verschärfte Regeln für Videoplattformen



Für Videos auf YouTube und anderen Videoplattformen gelten in Zukunft die gleichen Regeln wie für Produktionen, die im Fernsehen gezeigt werden. Der Kampf gegen Aufstachelung zu Gewalt und Hass wird verschärft, der Schutz von Kindern verbessert. Produktionen aus der EU werden besser gefördert. Am 27. April haben das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission eine vorläufige politische Einigung über die überarbeiteten Vorschriften für audiovisuelle Medien in der EU erzielt.

Diese Vereinbarung ebnet den Weg für ein gerechteres Regulierungsumfeld für den gesamten audiovisuellen Sektor, einschließlich On-Demand-Diensten und Video-Sharing-Plattformen. Die neuen Vorschriften stärken den Jugendschutz und verstärken den Kampf gegen Hassreden in allen audiovisuellen Inhalten. Sie fördern europäische audiovisuelle Produktionen und garantieren die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden.

Die Verhandlungen werden im Juni offiziell abgeschlossen, wenn das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission zusammenkommen, um die letzten technischen Einzelheiten des Vorschlags abzuschließen und zu erörtern. Nach der förmlichen Bestätigung durch den Rat und die Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments müssen die neuen Vorschriften in nationales Recht umgesetzt werden.

Die Medienlandschaft hat sich in weniger als einem Jahrzehnt dramatisch verändert. Anstatt vor dem Familienfernsehen zu sitzen, schauen sich Millionen Europäer, vor allem junge Menschen, Inhalte online, auf Abruf und auf verschiedenen mobilen Geräten an. Der weltweite Anteil von Internet-Video am Internet-Verkehr der Verbraucher soll von 64 % im Jahr 2014 auf 80 % im Jahr 2019 steigen.



Im Rahmen ihrer Strategie für den digitalen Binnenmarkt hat die Kommission im Mai 2016 eine überarbeitete Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste vorgeschlagen, die ein neues Konzept für Online-Plattformen zur Verbreitung audiovisueller Inhalte enthält.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die vollständige Pressemeldung [Link](#)

Filmfestspiele Cannes - 18 EU-geförderte Filme im Rennen



Bei den diesjährigen Filmfestspielen von Cannes sind 18 Filme vertreten, die im Rahmen des EU-Programms MEDIA gefördert wurden. Vier von ihnen gehen ins Rennen um die Goldene Palme, darunter einer mit deutscher Beteiligung: „Dogman“ von Matteo Garrone (Frankreich, Italien), „Les Filles du soleil“ (Girls of the Sun) von Eva Husson (Frankreich, Belgien, Schweiz und Georgien), „Lazzaro Felice“ von Alice Rohrwacher (Italien, Frankreich, Deutschland und Schweiz) sowie „Zimna wojna“ (Cold War) von Paweł Pawlikowski (Polen, Frankreich und Großbritannien).

Vierzehn weitere Filme werden in anderen Sparten des Festivals vorgestellt. Am 14. Mai eröffnet Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, das Europäische Filmforum. • *eag Quelle: PM KOM*

Vierzehn weitere Filme werden in anderen Sparten des Festivals vorgestellt. Am 14. Mai eröffnet Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, das Europäische Filmforum. • *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

Zur [Broschüre](#) und zum [Informationsblatt](#)

Alle Informationen zu den Veranstaltungen (Konferenz, und European Film Forum, Showcases u.a.) von Creative Europe MEDIA bei den Filmfestspielen [Link](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Bitte finden Sie hier die korrigierte Fassung der in der vergangenen Woche veröffentlichten Einladung mit aktualisiertem Datum und Ablauf.



Invitation

The Representation of the State of Saxony-Anhalt to the European Union, together with the Ministry of Economy, Science and Digitalisation of the State of Saxony-Anhalt, the Halle Institute for Economic Research, Member of the Leibniz Association, and the Max Planck Institute for Social Anthropology cordially invite you to attend the following event:
Europe and international migration: research and policy agendas

on 07.06.2018 from 14.00

in the Representation of the State of Saxony-Anhalt to the EU,
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brussels.

The causes of migration from Africa and the Middle East comprise resource alienation on a grand scale, with regard to mineral resources and land grabbing, poverty and discrimination on the basis of ethnic and religious criteria in the struggle for political administration, employment, business opportunities and chances in life in general. Millions of partly well-educated and urbanised people, who do not have the chance to fall back on subsistence agriculture, perceive migration to Europe or North America as their only chance to live a life worth living.

Many thousands of refugees flocked to the EU member states in 2015 and 2016, especially to Germany. Although it may sound unpopular to some: immigration is vital for Germany, as there is no other way to offset demographic change. Another issue is the shortage of skilled workers. In order to make it attractive for well-trained specialists to move to Germany from overseas, a targeted immigration policy is required. In addition, the state must sustainably manage the integration of newcomers into the culture and labour market. This also includes improving social mobility within our society, in order to provide good training opportunities for immigrants. How this country can make economic use of the opportunities presented by immigration is currently still under discussion. Integration is a fundamental part of this debate.

This event will provide a platform to discuss the challenges and opportunities international migration is posing to Europe as a whole and the individual member states. The resulting implications for EU foreign policies and their role in this complex issue will also be considered in the discussion.



- 14.00 Registration and coffee
- 14.30 **Welcome address**
Dr Jürgen Ude, State Secretary in the Ministry of Economy, Science and Digitalisation of the State of Saxony-Anhalt
- 14.40 **Economic and Political Causes of Migration from Africa**
Prof Dr Günther Schlee, Max Planck Institute for Social Anthropology, Halle
- Fighting Causes of Flight: Understanding and Influencing Dynamics of Learning and Unlearning Violence**
Dr Carolin Görzig, Max Planck Institute for Social Anthropology, Halle
- 15.00 **Integration of refugees into the (German) labour market**
Prof Reint E. Gropp, PhD, Halle Institute for Economic Research, Member of the Leibniz Association
- 15.20 **EU policy in international relations and the reintegration of migrants**
Yorck Wurms, DG Home, European Commission
- 15.40 **Panel discussion with**
Dr Jürgen Ude, State Secretary in the Ministry of Economy, Science and Digitalisation of the State of Saxony-Anhalt
Dr Carolin Görzig, Max Planck Institute for Social Anthropology
Prof Reint E. Gropp, PhD, Halle Institute for Economic Research, Member of the Leibniz Association
Moderation: Yorck Wurms, DG Home, European Commission
- 16.30 Networking reception

15

There will be simultaneous translation (DE-EN, EN-DE).

Please register by **4 June 2018** by

- emailing sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de or
- phoning +32 2 741 09 31.

Only a limited number of places are available. We operate a first come first served policy.

By attending this event, you are consenting to the use by the Representation for publicity purposes of any images created of you during the event, without geographical, temporal or content-related limits.



Europäische Woche der Regionen und Städte



Im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte (8.-11. Oktober 2018) hatte sich Sachsen-Anhalt für eine Teilnahme beworben. Wir freuen uns, Sie darüber informieren zu dürfen, dass die Landesvertretung diese Woche eine Zusage bekommen hat. Sachsen-Anhalt wird zusammen mit den anderen Partnern einen Workshop zur Zukunft der Kohäsionspolitik durchführen.

Das Veranstaltungsprogramm umfasst über 160 Workshops und Debatten unter dem Motto "Für eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020". Regionen und Städte aus 140

Ländern werden mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen, der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission und über 13 anderen Generaldirektionen und 3 Exekutivagenturen, sowie privaten und institutionellen Partnern arbeiten, um eine interessante und bereichernde Veranstaltung vorzubereiten.

Im Abstimmungsverfahren befand sich unser Workshop „Cohesion and societal challenges: Success stories for a more effective policy - Innovative regions for a strong cohesion policy“ unter den Top 10 der meist gewählten Vorschläge. Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung!

#EURegionsWeek

• *edh*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	<p>EUROPÄISCHE KOMMISSION</p> <p>Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Zuge des Arbeitsprogramms für Finanzhilfen im Bereich der transeuropäischen Telekommunikationsnetze im Rahmen der Fazilität Connecting Europe für den Zeitraum 2014–2020 (Durchführungsbeschluss C(2018) 568 der Kommission)</p> <p>a) Für die folgenden drei Aufforderungen werden Vorschläge erbeten:</p> <p>CEF-TC-2018-2: Automatische Übersetzung CEF-TC-2018-2: Elektronische Zustellung (eDelivery) CEF-TC-2018-2: Elektronische Rechnungsstellung (eInvoicing)</p> <p>b) Außerdem werden für die folgende Aufforderung Vorschläge erbeten:</p> <p>CEF-TC-2018-5: Öffentliche offene Daten</p> <p>c) Des Weiteren werden Vorschläge für die folgende Aufforderung erbeten:</p> <p>CEF-TC-2018-3: Cybersicherheit</p>
Fundstelle: Abl.	<p>C 155 vom 3. Mai 2018</p> <p>http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:155:FULL&from=DE</p>
Bewerbungsfrist:	<p>a) 18. September 2018</p> <p>b) 15. November 2018</p> <p>c) 22. November 2018</p>
Antragsunterlagen:	<p>Die jeweiligen Aufforderungsunterlagen können vom CEF-Telekommunikationsportal abgerufen werden:</p> <p>https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-telecom/apply-funding/2018-cef-telecom-calls-proposals</p>

Initiative „DiscoverEU“ - Die ersten 15.000 Jugendlichen können diesen Sommer durch Europa reisen

Ab diesen Sommer können 15.000 junge Menschen ab 18 Jahren über die neue EU-Initiative „DiscoverEU“ einen Monat lang durch Europa reisen. Bildungskommissar Tibor Navracsics hat am 3. Mai an einer Stakeholder-Veranstaltung zu DiscoverEU teilgenommen. Mit einem Budget von 12 Mio. Euro 2018 ausgestattet, soll die Initiative, die vom Europäischen Parlament vorgeschlagen wurde, insgesamt mindestens 20.000 jungen Menschen die Chance geben, die kulturelle Vielfalt unseres Kontinents und seine Menschen kennenzulernen und so herauszufinden, was Europa vereint.





Die Teilnehmer können bis zu 30 Tage unterwegs sein und ein bis vier Ziele im Ausland besuchen. Da 2018 das Europäische [Jahr des kulturellen Erbes](#) ist, können die Reisenden auch an den vielen europaweiten Veranstaltungen zum Kulturerbe teilnehmen.

In einer ersten Bewerbungsrunde werden die ersten 15.000 Teilnehmer ausgewählt. Wer Interesse hat, kann sich im Zeitraum von zwei Wochen im Juni über das [Europäische Jugendportal](#) bewerben. Bewerber müssen 18 Jahre alt sein am 1. Juli 2018, Bürgerinnen oder Bürger eines EU-Landes und bereit sein, diesen Sommer auf Reisen zu gehen.

Eine Jury wird die ersten 15.000 Teilnehmer auswählen. Eine zweite Auswahlrunde wird möglicherweise in der zweiten Jahreshälfte organisiert, auf der Basis der verbliebenen Mittel und dem Feedback der Teilnehmer in diesem Sommer. Weitere Einzelheiten über die Initiative werden ab Mitte Mai auf der [Website](#) des Europäischen Jugendportals sowie über die [Facebook-Seite](#) und das [Twitterangebot](#) des Jugendportals veröffentlicht.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 3. Mai 2018 [Link](#)

Wettbewerb „Youth4Regions“ - Preise für Medienbeiträge über EU-Regionalförderung ausgesetzt

Durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder den EU -Kohäsionsfonds werden viele Projekte unterstützt, die ganz konkrete Auswirkungen vor Ort in den Mitgliedstaaten haben.

Zahlreiche Menschen haben mit Hilfe der finanziellen Unterstützung schon einen neuen Arbeitsplatz gefunden, kleine Unternehmen konnten ihre Geschäftsideen verwirklichen und auch medizinische oder Gemeinschaftseinrichtungen auf dem Land haben profitiert.

Die EU -Kommission lädt alle angehenden Journalistinnen und Journalisten ein, über solche Projekte zu berichten und sich mit ihren Beiträgen am Wettbewerb „Youth4Regions“

zu beteiligen. Die besten Wort- oder Videobeiträge werden mit einer Veröffentlichung und einer Reise nach Brüssel belohnt, wo sie an der Europäischen Woche der Regionen und Städte teilnehmen können. Die 28 Preisträger (einer aus jedem Mitgliedstaat) erhalten außerdem Seminarangebote zu den Themen Journalismus, Kommunikation und Kohäsionspolitik in Brüssel. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 29. Juni.(siehe auch WS 16/18)

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 08/18*

Zur Bewerbung für EU-Medienprogramm [Link](#)





Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Gesuch für geschäftliche Zusammenarbeit - Enterprise Europe Network Datenbank Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de	<p>Audiovisual company is seeking for a technical partner with expertise in software development for robotic cameras</p> <p>German-Spanish SME with extensive expertise in the audiovisual market is looking for a technical partner in order to collaborate in the development of a new product for the production of audiovisual events using robotic cameras. The type of agreement sought is technical cooperation.</p> <p>The partner should have experience with software development for applications sending and receiving data to and from robotic cameras.</p> <p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/1b4d7450-c875-45e5-a179-d1e59c92eed3</p> <p>Referenznummer: TRES20180417001</p>
Forschungskooperation - Enterprise Europe Network Datenbank Slovenien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de	<p>Active Assisted Living 2018 call "Smart Solutions for Ageing Well": project consortium is looking for a project partner, a company with experience in selling/marketing sports/medical accessories such as wristbands</p> <p>A Slovenian public research organization is looking for a partner with experience in selling/marketing sports/medical accessories such as wristbands to join a project consortia for the Active Assisted Living 2018 call "Smart</p>



		<p>Solutions for Ageing Well". The consortia aims to develop services that improve quality of life for the elderly who live at home independently. The partner should be able to market and sell the systems developed after the end of project.</p> <p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ef22dd3a-81ee-41fd-a418-43b5cefaacff</p> <p>Referenznummer: RDSI20180330001</p>
<p>Forschungskooperation - Enterprise Europe Network Datenbank Bulgarien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de</p>	<p>H2020-LC-SC3-EE-9-2018-2019: coordinator and a bank sought for joining a proposal on evaluation tool for financing of Energy Efficiency projects by banks</p> <p>A Bulgarian SME together with partners from Norway, Belgium and Portugal prepare proposal under the call H2020-LC-SC3-EE-9-2018-2019 "Innovative financing for energy efficiency investments". They will develop and disseminate new tool for evaluation and financing of Energy Efficiency projects (EEP). The project is based on already existing financial tool to be customized for end-users. Partners sought are: an experienced coordinator in Horizon 2020 and a bank to validate tool's functionalities.</p> <p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/e8b8b442-9c60-4b27-b207-5f18712a1e49</p> <p>Referenznummer: RDBG20180309001</p>
<p>Technologiegesuch- Enterprise Europe Network Database Großbritannien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de</p>	<p>A Scottish (UK) Biomaterials SME seeks European partners for product validation and future collaborations</p> <p>A UK biomaterials SME has developed novel peptide hydrogels that can be modified to mimic different tissues and provide a cost-effective, animal free 3D matrix to support a range of cell culture applications. The company is looking for partners in the fields of 3D cell culture, assay development, cosmetic/ pharmaceutical testing, and</p>



		<p>bioprinting to build up new application case studies/ assessments under Research or Technical cooperation agreements, potentially to further collaboration.</p> <p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/dba4db08-69aa-43f7-b2e2-10e1c12148f6</p> <p>Referenznummer: TRUK20180319002</p>
--	--	---



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

22

Seit 1. Januar 2018 gibt es auch in Halle ein EUROPE DIRECT Informationszentrum, gefördert durch die Europäische Kommission, umgesetzt durch GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt und in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuz Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle berät Bürgerinnen und Bürger zu Fragen rund um Europa und versteht sich als Bindeglied zwischen den Menschen in Europa und den Institutionen der Europäischen Union. Natürlich ist auch die Stadt Halle eng mit Europa verbunden:

1. Städtepartnerschaften dienen dem Ziel des kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs zwischen Städten und Gemeinden. Europäische Städtepartnerschaften sind vor allem im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses von Bedeutung und fördern neben der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene auch das gegenseitige Verständnis der BürgerInnen. Mit wie vielen Städten in der EU ist die Stadt Halle durch offizielle Städtepartnerschaften verbunden?
 - a. Mit 2
 - b. Mit 3
 - c. Mit 4



2. Wer oder was ist die Leopoldina?
 - a. Das Löwengehege in Halles Bergzoo
 - b. Das Hauptgebäude der Martin-Luther- Universität Halle-Wittenberg
 - c. Die Nationale Akademie der Wissenschaften

3. Der Rote Turm in der Händelstadt Halle beherbergt das größte Glockenspiel Europas.
Wie viele Glocken besitzt es?
 - a. 58
 - b. 76
 - c. 84



Antworten:

1. c) Die Stadt Halle hat vier Städtepartnerschaften mit Städten in der EU. Oulu in Finnland seit 1972, Linz in Österreich seit 1975, Grenoble in Frankreich seit 1976 und seit 1987 Karlsruhe. Städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit gibt es in vielen Bereichen: Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport. Konzertreisen, Austauschprogramme, Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen oder der Wirtschaft, sowie Tätigkeit von Vereinen. Gefördert können Vorhaben, die zur Bildung von thematischen Netzwerken zwischen den Partnerstädten beitragen, unter anderem durch das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Die Schwerpunktthemen bis 2020 in diesem Programm sind: die Debatte über die Zukunft Europas und Überwindung der Euroskepsis, die Förderung der Solidarität in Krisenzeiten, die Förderung des interkulturellen Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses und Bekämpfung der Stigmatisierung von Migranten und Minderheiten, das Europäisches Jahr des Kulturerbes 2018.

2. c) Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften ist die älteste naturwissenschaftlich-medizinische Gelehrtenegesellschaft im deutschsprachigen Raum, die älteste dauerhaft existierende naturforschende Akademie der Welt und befindet sich seit 1878 in Halle (www.bmbf.de). Laut Satzung ist die Aufgabe der Leopoldina: „die Förderung der Wissenschaften durch nationale und internationale Zusammenarbeit, ihrer Tradition nach »zum Wohle des Menschen und der Natur«. Daher führt sie wissenschaftliche Veranstaltungen durch, setzt Kommissionen ein, veröffentlicht die erarbeiteten Ergebnisse, verleiht zudem Auszeichnungen sowie Preise und fördert junge Wissenschaftler. Die Leopoldina unterstützt außerdem herausragende junge Postdoktoranden im Leopoldina-Förderprogramm mit Postdoc-Stipendien. Studierende können auch über den DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) Förderprogramme für einen Studienaufenthalt im Ausland nutzen. Neben der Vergabe von Stipendien ist der DAAD in seiner Funktion als deutsche Nationalagentur für die Koordinierung und Durchführung des Erasmus-Programms der Europäischen Union zuständig. Bei Fragen zu Erasmus oder anderen Möglichkeiten ins Ausland zu gehen, wenden Sie sich gern an GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt.

3. b) Mit 76 Glocken und einem Gesamtgewicht von 54.980 kg ist das Glockenspiel im Roten Turm in Halle nicht nur das größte in Europa, sondern steht in der Welt nur hinter dem Glockenspiel des Tower of the Apostles Kirk in Bloomfield Hills, Michigan, USA mit 77 Glocken. Da der Rote Turm in Halle auch noch über fünf Glocken für den Uherschlag verfügt, ergibt sich eine Gesamtglockenzahl von 81. Jede Stunde ertönt der berühmte „Westminster-Schlag“ als Erinnerung der Geburtsstadt Händels an dessen Wirkungs- und Ruhestätte London. Der freistehende 84 Meter hohe Rote Turm bildet zusammen mit der Marktkirche das Ensemble zu der bekannten Silhouette der halleschen fünf Türme, die schon Künstler wie Caspar David Friedrich und Lyonel Feininger inspiriert hat.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	E-Mail
Elena Dominquez Hernando (EDH)	Praktikantin	...22	E-Mail
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

